

Melanie Ball
Kaskelstraße 53
10317 Berlin

melanie.ball@gmx.de

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit
z. Hd. Dr. Ronzon Mallick
Rosenkavalierplatz 2
81925 München

Tel. 089 9214-00

E-Mail: ronzon.mallick at stmug.bayern.de

Aarhus Convention Secretariat
Environment Division
c/o Aphrodite Smagadi,
Ella Behlyarova
United Nations Economic Commission for Europe
Palais des Nations
Av. de la Paix 10
1211 Geneva 10
Switzerland

E-Mail: aphrodite.smagadi at unece.org,
ella.behlyarova at unece.org

Berlin, 08. Mai 2012

**Stellungnahme zur UVP „Neue Kernkraftanlage am Standort Temelín
einschließlich Ableitung der Generatorleistung in das Umspannwerk mit
Schaltanlage Kocin“ / Frist 07.05.-05.06.2012**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte um Übermittlung meiner Stellungnahme zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) über den geplanten Bau der Reaktoren 3 und 4 des Kernkraftwerkes Temelín - Verfahrensteil UVP-Gutachten - über das bayerische Umweltministerium **an das tschechische Umweltministerium Ministerstvo Zivotního Prostředí (MZP), 100 00 Praha 10 - Vrsovice, Vrsovicská 65, Tschechische Republik** und damit um die Geltendmachung meiner Rechte im Rahmen einer grenzüberschreitenden UVP. Darüber hinaus bitte ich um Information über die weiteren Verhandlungsergebnisse, insbesondere auch über Ort und Zeit der Öffentlichen Anhörung in Deutschland oder in Budweis (Ceské Budejovice).

Ich möchte grundsätzlich betonen, dass ich das Verfahren in der durchgeführten Form ablehne, da eine Öffentliche Anhörung in Deutschland nicht vorgesehen ist und damit der in der UN-Aarhus-Konvention 3(9), in der Espoo-Konvention 2(6) und in der Europäischen UVP-Richtlinie 85/337/EC, Art. 7(5) vorgesehene "diskriminierungsfreien Zugang" zu den Verfahren nicht gegeben ist. Die entsprechenden Gesetzestexte liegen dem MZP vor.

Nur die grenznahen Landratsämter (Cham, Freyung-Grafenau, Hof, Neustadt a. d. Waldnaab, Passau, Regensburg, Schwandorf, Tirschenreuth, Wunsiedel) und kreisfreien Städte (Hof, Passau und Weiden i. d. Oberpfalz) wurden von der bayerischen Regierung beteiligt und über den Amtsweg informiert, ähnlich ist die Situation in Sachsen. Es fehlt die Beteiligung der Bevölkerung über den Amtsweg, es fehlt der verbindliche Anhörungstermin in der Bundesrepublik Deutschland.

Es fehlen 60 Tage Frist wie schon im Jahr 2010, denn der UVP-Bericht umfasst mehr als 2000 Seiten. Wie soll ein im normalen Leben stehender Mensch sich innerhalb von 30 Tagen informieren?

Darüber hinaus nehme ich zur Umweltverträglichkeitserklärung für den Ausbau des AKW Temelín, wie folgt Stellung:

Ich fordere das Umweltministerium der Tschechischen Republik auf, die vorliegende Umweltverträglichkeitsprüfung für das Kernkraftwerk Temelín Block 3 und 4 zurückzuweisen, weil:

1. eine Bewertung der Umweltverträglichkeit des Projektes aufgrund der fehlenden Angaben über den geplanten Reaktortyp nicht möglich ist.
2. Schäden, die mir durch einen grenzüberschreitenden Unfall entstehen können, nicht abgedeckt sind (fehlende Haftpflicht).
3. die UVE von der falschen Annahme ausgeht, dass Atomstrom „nahezu emissionsfrei“ sei.
4. die Notwendigkeit der Errichtung des Kraftwerkes für die nationale Versorgung nicht gegeben ist.
5. offene Fragen der Erdbebensicherheit des Standortes nach wie vor nicht zufriedenstellend geklärt sind.
6. die Sicherheit vor Terrorangriffen und Cyberkriminalität nicht geklärt ist.
7. die Frage der Endlagerung des nuklearen Abfalls (incl. Monitoring) nicht geklärt ist.
8. ich die Gültigkeit des Verfahrensablaufs anzweifle.

Meine Einwände im Einzelnen:

1. Nicht festgelegter Reaktortyp

Der Reaktortyp (inkl. seiner technischen Spezifikationen) ist für die Abschätzung der möglichen Risiken und Umweltgefahren wesentlich. Diese Unterlagen sind im Black Box Verfahren geheim. Ich kann mich nicht informieren.

2. Fehlende Haftung

Eine aktuelle Studie des Versicherungsforums Leipzig beziffert die Kosten für einen schweren nuklearen Unfall auf € 6.000 Milliarden! Diese Summe kann im Ernstfall weder der Betreiber, noch der Staat Tschechien aufbringen. Der Betreiber des Projektes hat bislang keine adäquate Versicherung zur Finanzierung von Schäden in Deutschland abgeschlossen. Der Betreiber handelt fahrlässig gegen meine Schutzinteressen. Daher ist ihm jegliche Bewilligung für das vorgesehene Neubauprojekt zu untersagen.

3. Nuklearenergie ist nicht „praktisch emissionsfrei“

Wie eine Studie des "Ökologieinstitut Darmstadt" zeigt, liegen die CO₂ Emissionen von Atomstrom bei Berücksichtigung des Lebenszyklus von Uran (Abbau bis Endlagerung) zwischen 32 und 126 g/kWhel und sind damit vergleichbar mit neuen, effizienten Gaskraftwerken. Praktisch emissionsfrei sind nur Erneuerbare Energien.

4. Errichtung für den Stromexport

Die Reaktoren 3 und 4 werden größtenteils dem Stromexport dienen. Unter diesen Bedingungen empfehle ich dem Projektwerber auf den Bau der Reaktoren zu verzichten.

5. Offene Fragen zur Erdbebensicherheit

Über die Erdbebengefahr am Standort Temelín besteht keine ausreichende Klarheit. Dies geht auch aus der ETE-roadmap hervor. Zitat (Seite 9) „Trotzdem verbleiben Punkte, die weiter untersucht werden sollen, um eine schlüssige Bewertung zu ermöglichen...“

6. fehlende Terrorsicherheit

Die Sicherheit der geplanten Anlagen gegen Terrorangriffe, Kriege und Internet konnte nicht nachgewiesen werden. In der UVE finden sich hierzu keine belastbaren Aussagen. Hierbei handelt es sich aber um höchst realistische Gefahrenmomente, welche für grenzüberschreitende Relevanz haben.

7. Endlagerung

Die Umweltverträglichkeitserklärung beinhaltet kein finanziell und in zeitlich realisierbares, belastbares Projekt für die Endlagerung und langfristige Überwachung des radioaktiven Abfalls aus dem AKW Temelin.

8. unkorrekter Verfahrensablauf

Der, in der UN Aarhus-Konvention 3(9), ESPOO-Konvention 2(6) und in der Europäischen UVP-Richtlinie 85/337/EC, art. 7(5) vorgesehene „diskriminierungsfreien Zugang“ zu den Verfahren ist durch die Nicht-Durchführung einer Öffentlichen Anhörung in Deutschland und Österreich (und anderen EU-Staaten) nicht gegeben. Nicht alle Unterlagen wurden im Black Box Verfahren veröffentlicht. Es gibt keinen verbindlichen Anhörungstermin in Deutschland, Österreich und anderen EU-Staaten. Viele EU-Staaten beteiligten ihre Bürger überhaupt nicht. Einwendungsfrist von 30 Tagen ist zu kurz.

Aus diesen Gründen ist das UVP-Verfahren seitens des MZP negativ abzuschließen. Sollte das MZP entgegen meiner Forderung dennoch das Verfahren positiv abschließen, so behalte ich mir alle weiteren Rechtsmittel gegen Bescheide in Folge vor.

Mit freundlichen Grüßen,

Belis, 8.5.12

H. Ball

Ort, Datum

Unterschrift